

Allgemeine Informationen zur Datenverarbeitung durch den Fachdienst Verkehrsüberwachung

Der Landkreis Oberhavel ist bei der Wahrnehmung der gesetzlich übertragenen Aufgaben der Verkehrsüberwachung nach § 26 Straßenverkehrsgesetz (StVG) und § 36 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in Verbindung mit der Verkehrsordnungswidrigkeitenzuständigkeitsverordnung (VOWi-ZustV) ermächtigt, beziehungsweise verpflichtet, personenbezogene Daten zu erheben und zu verarbeiten. Personenbezogene Daten nach § 46 Nr. 1 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person (betroffene Person) beziehen.

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Landkreis Oberhavel
Der Landrat
Adolf-Dechert-Str. 1
16515 Oranienburg
E-Mail: info@oberhavel.de

Datenschutzbeauftragter

Landkreis Oberhavel
Behördlicher Datenschutzbeauftragter
Adolf-Dechert-Str. 1
16515 Oranienburg
E-Mail: Datenschutz@oberhavel.de

Verantwortliche Stelle

Betroffene Personen können Fragen zur Verarbeitung ihrer Daten an den Fachbereich Mobilität und Verkehr, Fachdienst Verkehrsüberwachung unter der Postanschrift des Verantwortlichen sowie per E-Mail unter Bussgeld.OWI.Verkehr@oberhavel.de oder an den Datenschutzbeauftragten richten, der auch bei Fragen im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Datenschutzrechte zu Rate zu ziehen ist.

Zwecke der Verarbeitung

Personenbezogene Daten werden für die Erfüllung der gesetzlich übertragenen Aufgaben erhoben, insbesondere für die Überwachung der Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten und der Befolgung von Lichtzeichenanlagen im Straßenverkehr sowie für die Verfolgung und Ahndung festgestellter Ordnungswidrigkeiten. Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten stellen §§ 45 ff. Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) dar.

Rechte der betroffenen Personen

Eine betroffene Person hat das Recht auf Auskunft über die sie betreffenden Daten (§ 57 BDSG). Sollten unrichtige Daten verarbeitet werden, steht der betroffenen Person ein Recht auf Berichtigung zu. Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so kann die betroffene Person die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen (§ 58 BDSG). Sollte eine betroffene Person von den genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die verantwortliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Anrufungsrecht des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI)

Jede betroffene Person kann sich mit einer Beschwerde an die oder an den BfDI wenden, wenn sie der Auffassung ist, dass bei der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten die ihr zustehenden Rechte verletzt wurden. (Postanschrift: Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Graurheindorfer Str. 153, 53117 Bonn; E-Mail: poststelle@bfdi.bund.de; URL: <https://www.bfdi.bund.de>)